



An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Verfassungsschutz

über den Plenar- und Ausschussdienst
Herr Hellriegel
vorab per E-Mail

11. November 2024

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD melden wir gemäß § 21 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin folgenden Besprechungspunkt zur Behandlung an und bitten, diesen in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Verfassungsschutz auf die Tagesordnung zu nehmen:

„Auswirkungen des Urteils des OVG Münster (OVG NRW, Urteil vom 13. Mai 2024 - 5 A 1218/22) auf die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden: Unter welchen Voraussetzungen erfolgt aktuell die Einstufung als verfassungsfeindliche Bestrebung im Phänomenbereich des Rechtsextremismus und ab wann wird die Bezugnahme auf die ethnische Zugehörigkeit rechtsextremistisch?“

Wir bitten darum, den Besprechungspunkt mit einer Anhörung zu verbinden.

Mit freundlichen Grüßen

Für die CDU-Fraktion

Für die SPD-Fraktion